

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Diens-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertel. 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Inserationspreis 10 Pf. pro dreizeh-
nspaltige Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 28.

Dienstag, den 5. März

1895.

Auf Folium 44 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute die Firma:

„Münziger Pappfabrik G. Seidel“

und als deren Inhaber Herr **Franz Eduard Seidel**, Fabrikbesitzer in Münzig eingetragen worden.

Königl. Amtsgericht Wilsdruff, den 2. März 1895.

Dr. Gangloff.

Deutschland und Frankreich.

Die im Früh Sommer bevorstehenden Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Canales scheinen bestimmt zu sein, die schon seit einiger Zeit hervorretende unverkennbare Besserung in den Gesamtbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erneut zum erfreulichen Ausdruck zu bringen. Zwar liegt noch keine Bestätigung der Pariser Zeitungsmeldung vor, wonach der französische Ministerrat die an die Republik ergangene Einladung des deutschen Kaisers zur Teilnahme an den bevorstehenden Rier Festtagen bereits angenommen haben sollte, aber es steht wohl nicht mehr zu bezweifeln, daß die leitenden Persönlichkeiten Frankreichs einen solchen Beschluß fassen werden. Wohl haben sich jenseits der Vogesen auch in dieser Angelegenheit wiederum lärmende chauvinistische Stimmen erhoben, sie bemühen sich, die Entsendung eines französischen Geschwaders nach den deutschen Gewässern, als eine Frankreich unwürdige, unpatriotische Handlung hinzustellen, aber es zeigt sich immer mehr, daß diese neueste Hezerei gegen Deutschland bei der öffentlichen Meinung Frankreichs durchaus keinen Boden findet. Im Gegenteil, täglich wächst daselbst die Strömung in weiten Kreisen, die auf Annahme der Einladung Kaiser Wilhelms drängt, und es kann gewiß schon jetzt als zweifellos gelten, daß das Cabinet Ribot unter dem Eindruck einer solchen allgemeinen Forderung der liebenswürdigen Aufforderung Kaiser Wilhelms Entscheiden wird, ganz abgesehen davon, daß für einen solchen Entschluß auch Erwägungen des einfachen politischen Faktors sprechen.

Natürlich erwartet man in Deutschland nirgends, daß das Erscheinen eines französischen Geschwaders an den deutschen Ostseegewässern eine völlig neue Aera in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich einleiten werde, etwa mit dem stillschweigenden Verzicht auf die französischen Revancheträumereien als Grundlage. Das Verlangen nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens hat im französischen Volk zu tiefen Wurzeln gefaßt, als daß für absehbare Zeit mit seinem völligen Erlöschen zu rechnen wäre, es wird ja noch immer von allen Stellen aus bei der jungen französischen Generation die Hoffnung, daß auf irgend eine Weise die 1870 verloren gegangenen Provinzen für Frankreich wiederzuerlangen seien, gewährt. Um so bemerkenswerther erscheint es jedoch, daß trotz alledem der chauvinistische Gedanke in Frankreich seit einiger Zeit sichtlich stetig an Boden verliert und an seine Stelle eine verständlichere Stimmung gegenüber dem deutschen Nachbar aufkommt. Gewiß mag zu einer solchen veränderten Haltung die sich jenseits der Vogesen allmählich doch Bahn brechende Ueberzeugung mit beigetragen haben, wie wenig einseitigen in Anbetracht der gegebenen internationalen Verhältnisse auf eine Verwirklichung der gehegten Revancheträume zu rechnen sei, sicher ist es jedoch, daß vor allen Dingen, die von deutscher Seite Frankreich gegenüber konsequent bewiesene loyale und entgegenkommende Stimmung zur Abschwächung der chauvinistischen Strömung in Frankreich beigetragen hat. Diese Stimmung ist theils in rein politischen Fragen, theils aber auch auf anderen Gebieten zur Bethätigung gelangt. In ersterer Beziehung braucht nur daran erinnert zu werden, daß seit dem Frankfurter Frieden die deutsche auswärtige Politik bis zum heutigen Tage in stets würdiger Art Frankreich ein gewisses Wohlwollen bewiesen hat, während nach anderen Richtungen hin speziell die bekannten, mancherlei hochberzigten Rundgebungen Kaiser Wilhelms II. das Eis nationalen Vorurtheils und gehässigen Empfindens in Frankreich gegen Deutschland gebrochen haben. Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch die deutsche Kunst, in erster Linie die deutsche Tonkunst, sich ein unlängliches Verdienst bei der Wendung der deutsch-französischen Beziehungen zuschreiben kann, die gewaltigen Tonsehnsüchtigen eines Richard Wagner z. B. sind ja heute förmlich heimathberechtigt am Rheinstrome, was noch vor einigen Jahren schier undenkbar gewesen wäre. Andererseits kommt jetzt die französische Kunst auch nach Deutschland zu Gast, die künstlerische Elitevereinigung von Champ du Mars wird sich an der diesjährigen Berliner Kunstausstellung betheiligen — auch hieran war vor gar nicht so langer Zeit noch nicht zu denken!

Jedenfalls wird der zu erwartende französische Flottenbesuch in Kiel ein neues Glied in der Kette der wieder einge-

tretenen besseren Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bilden helfen. Wenn sich Deutschland 1900 an der Jahrhundert-Weltausstellung in Paris betheiligt, so würde dies eine Erwiderung des Besuches der Franzosen in Kiel sein, die vielleicht noch besser als alles Andere die Wendung in dem deutsch-französischen Verhältnisse festsetzte.

Tagesgeschichte.

Es ist viel bemerkt worden, daß sich Kaiser Wilhelm nach seinem Wiederentreffen von den Wiener Besprechungsergebnissen in Wien sofort ins Reichskanzler-Palais begab und daselbst längere Zeit mit dem Fürsten Hohenlohe conferirte. Die „Leipz. Reuest. Nachr.“ wollen nun erfahren haben, daß der auffällige Borgang mit „ungeschminkten“ Mittheilungen zusammen hänge, die dem Monarchen bei seinem jüngsten Aufenthalt in Wien über die weitgehende Aufregung gemacht worden seien, welche selbst in gut unterrichteten Kreisen des deutschen Volkes wegen der bekannnten Abänderungsvorschläge des Centrums in der „Ansturz-Kommission“ des Reichstages herrschen soll. Die „N. N.“ versichern an diese ihre Meldung, daß eine bedeutende Rundgebung der deutschen Regierung in der Angelegenheit bevorstehe. — Selbstverständlich muß die Verantwortung für diese sensationelle Nachricht dem genannten Leipziger Blatte überlassen bleiben, möglicher Weise handelt es sich hierbei um eine auf ganz falsche Voraussetzungen beruhende bloße Combination.

Im Reichstage ist am Freitag eine wichtige Entscheidung gefallen, diejenige über die Forderungen des Marine-etats betrefte die vier neuen Kreuzer. Die genannte Sitzung wurde mit einer Ansprache des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe eingeleitet. In derselben betonte der Kanzler die Nothwendigkeit für Deutschland, namentlich zum Schutze seines überseeischen Handels eine genügend starke Flotte zu haben und empfahl er deshalb die Genehmigung der Neuforderungen des Marine-etats, hervorhebend, daß es sich bei denselben keineswegs um weltanschauende maritime Pläne, sondern nur um Beschaffung des unumgänglich Nothwendigen handele. Dabattlos fanden hierauf zunächst die Titel 1—4 des Extraordinariums Genehmigung, dann gelangten die Titel 5—8, welche die ersten Raten für die vier neuen Kreuzer enthalten, zur Berathung; bekanntlich waren die betreffenden Positionen bereits in der Budgetkommission gutgeheißen worden. Regierungsseitig traten der Staatssekretär der Marine, Hollmann und der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Marschall, zu Gunsten der Bewilligung der vier Kreuzer ein, nachdem beide Regierungsovertreter schon in der Kommission die Nothwendigkeit dieser Flottenvermehrung eingehend begründet hatten. Der Staatssekretär der Marine verteidigte die Regierungsforderungen hauptsächlich vom militärischen Standpunkte aus, während Herr v. Marschall mehr unter allgemeiner Gesichtspunkten, im Uebrigen jedoch unter Betonung des Schutzes der Deutschen und der handelspolitischen Interessen Deutschlands im Auslande, die Regierungsvorlage geschickt und warm verteidigte. Die Stellung der einzelnen Parteien zu der Kreuzerfrage wurde durch die vorgeschickten Redner gemäß der schon in der Abstimmung der Kommission bekundeten Stellungnahme nochmals dargelegt, und sprachen zu Gunsten der neuen Kreuzer die Abgeordneten Graf Mirbach (kons.), Müller-Fulda (Centr.) v. Kardorff (Reichsp.), Ricker (frei. Vereinig.), Dr. Hammacher (nat.-lib.) und Graf Bernstorff (Welse), im entgegen- gesetzten Sinne äußerten sich die Abgeordneten Richter (fr. Volksp.) und Zimmermann (Antif.), die übrigen Parteien kamen nicht zum Wort. Es folgten nun die Abstimmungen; zuerst wurde über den Kreuzer „Graf Leipzig“ abgestimmt, und zwar namentlich. Die Abstimmung ergab die Annahme der betreffenden Positionen mit 145 gegen 77 Stimmen, 10 Abgeordneten, der konservativen Partei angehörig, enthielten sich der Stimmabgabe. Die Mehrheit setzte sich aus den Konservativen, der Reichspartei, dem Centrum, den Nationalliberalen, den Welsen und den Abgeordneten Richter und Schröder von der freisinnigen Vereinigung zusammen. Die andere drei Kreuzer wurden ohne besondere Abstimmung bewilligt. Vorausschicklich wird auch die definitive Abstimmung bei der dritten Lesung kein anderes Resultat ergeben, obgleich Graf Mirbach in seiner Rede andeutete, die Konservativen würden sich ihre schließliche Stellungnahme

in der Kreuzerfrage zwischen der zweiten und dritten Lesung noch überlegen. Abgelehnt wurde dagegen im weiteren Fortgange der Freitagssitzung Titel 9 (500,000 Mk. für ein Torpedo-Divisionsboot).

In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Bundesrath die Entscheidung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes von 1874 diesmal durchaus nicht auf die lange Bank schieben werde, vielmehr wird als wahrscheinlich angenommen, daß der betreffende Reichstagsbeschluß bereits im Monat März auf die Tagesordnung einer Sitzung des Bundesrathes gelangen soll. Wie die Entscheidung dort getroffen wird, steht dahin. Jedenfalls begegnet man in sehr ernst zu nehmenden Kreisen dem Ausdruck der lebhaftesten Besorgniß, daß das reichsgesegliche Niederlassungsverbot gegen den Jesuitenorden bennächtigt außer Kraft treten werde.

Die Betrachtungen über eine neue Form für die Fortführung des Friedensprogramms der Dreieinigkeit ziehen noch immer Kreise. In Wien waren jetzt zu den Besprechungsergebnissen mit dem deutschen Kaiser auch der Kette des Königs von Italien, der Herzog v. Aosta, und der Oheim des Zaren, Großfürst Wladimir, anwesend. Wenn die „Kreuzzeitung“ auch hervorhebt, daß bei diesem Anlaß sich weder Zeit noch Gelegenheit geboten haben dürfte, von Politik zu sprechen, so meint sie doch, das Zusammentreffen dieser Fürstlichkeiten sei berechtigt genug, und sei wohl geeignet, die Ausführungen ihres Petersburger Berichterstatters zu rechtfertigen, wonach zwar das Friedensprogramm des Dreieinigkeit nicht aufgehoben, aber ein Wiederaufleben des ehemaligen Dreikaiserverhältnisses näher gerückt werde. Aus dem jetzigen Zusammentreffen der genannten Fürstlichkeiten irgend welche politische Schlüsse ziehen zu wollen, dürfte kaum zutreffend sein. Bemerkenswerther ist aber entschieden die Heftigkeit, mit der die russische Presse den Gedanken eines Anschlusses Rußlands an den Dreieinigkeit zurückweist. Inwiefern sie dabei nur die eigenen Anschauungen vertritt, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls beweist der Eifer, mit dem von russischer Seite jede Annäherung an die Dreieinigkeit bekämpft wird, daß für diese keine Veranlassung vorliegt, Bahnen zu verlassen, auf denen das Friedensprogramm anderthalb Jahrzehnte mit dem besten Erfolge verfolgt werden konnte. Nicht der Dreieinigkeit hat sich überlebt, sondern jene losere Bündnißform, die jetzt wieder in Vorschlag gebracht wird, ohne daß triftige Gründe für eine veränderte Politik sich erkennen lassen.

Aus Reg. schreibt man der „Post, Ztg.“: Aus ziemlich guter Quelle vernehmen wir, daß der Kaiser Anfang Mai nach Schloß Arville kommen wird, um am Sonntag, 6. Mai, der Einweihung der neuen protestantischen Kirche bei zuwohnen. Der Kaiser nimmt seinen Weg wahrscheinlich über Karlsruhe-Strasbourg, um vorher in Hohenlohe, in den Vogesen, auf die Auerhahnjagd zu gehen.

Fürst Lobanoff, der bereits zum Botschafter Rußlands in Berlin an Stelle des Grafen Schwaloff ernannte bisherige Vertreter des Czarenreiches am Wiener Hofe, ist an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands berufen worden, die Veröffentlichung des betreffenden kaiserlichen Ukases soll nächster Tage erfolgen. Es wird versichert, die Ernennung des Fürsten Lobanoff zum russischen Botschafter in Berlin sei bei der soeben stattgehabten Anwesenheit des Kaisers Wilhelm in der österreichischen Hauptstadt wieder rückgängig gemacht worden, es heißt, der Kaiser habe hierbei vom Großfürsten Wladimir erfahren, daß Gzar Nikolaus den Fürsten Lubanoff vor allen Anderen den Vorzug als Leiter der russischen auswärtigen Politik geben würde, worauf Kaiser Wilhelm sofort seine Bereitwilligkeit ausgesprochen haben soll, einen anderweitigen Diplomaten an Stelle Lobanoffs als Botschafter zu acceptiren. Fürst Lobanoff kann als ein bewährter Freund Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bezeichnet werden und es steht darum zu erwarten, daß unter seiner Leitung die bisherige vorfichtige und allen Abenteuern aus dem Wege gehende Politik Rußlands, wie sie der verstorbene Giesz trotz aller Schwierigkeiten durchzuführen wußte, fortgesetzt werden wird.

Wien, 3. März. Blättermeldungen zufolge fand in dem Dete Izkany auf rumänischem Boden in einer Brennerei eine Kesselexplosion statt. Die Decke des Kesselhauses barst